



Gemeindeverbandschef Ernst Schöpf ortet Unzufriedenheit bei ÖVP-Mitgliedern und einen Mangel an Umsetzungsdynamik

ERNST SCHÖPF

# „Wenn, dann die Regierungsbank“

Der Präsident des Tiroler Gemeindeverbands spricht über das Agrarthema, die Wasserkraft, die Hypo und den Zustand der Tiroler VP: „Ich vernehme schon eine gewisse Unzufriedenheit.“

**ECHO:** Spannende Zeiten gerade?

**Ernst Schöpf:** Irgendwie schon.

**ECHO:** Inwiefern für Sie spannend?

**Schöpf:** Ein Jahr vor der Wahl beginnt die politische Diskussion. Wie stellt sich das Ganze dar? Welche Listen tauchen auf? Erstens mit welchen Kandidaten, zweitens, gibt es bei den Etablierten Verschiebungen, neue Namen, unbekannte Gesichter, Herausforderer? Und in der Sacharbeit gibt es auch einige Herausforderungen.

**ECHO:** Sie erwähnten in letzter Zeit mehrfach, dass eine Rückkehr in die Landespolitik Sie reizen würde. In welcher Funktion?

**Schöpf:** Die Abgeordnetenbank ist es nicht, die mich reizt. Wenn, dann sollte es schon die Regierungsbank sein. Aber mehr als ein gelegentliches Dran-Denken ist das vorerst nicht.

**ECHO:** Viel wird gemunkelt über eine Liste „Für Tirol“, die nach dem Vorbild der Liste „Für Innsbruck“ bei der Landtagswahl antreten könnte. Wie nehmen Sie das diesbezügliche Rumoren wahr?

**Schöpf:** Ich kenne diese Gerüchte, bin und war aber bei keinen konspirativen Treffen dabei, sollte es diese geben. Ich vernehme bei bürgerlichen Menschen, die ich so weit kenne, dass ich weiß, dass sie zur ÖVP ge-

hören, schon eine gewisse Unzufriedenheit. Das hat auch damit zu tun, dass es da und dort an Umsetzungsdynamik mangelt, dass also die Ankündigungen und das Faktum zeitlich sehr stark divergieren. Stichwort: erneuerbare Energie, Wasserkraft. Da ist in den letzten vier Jahren nicht allzu viel passiert, um nicht zu sagen gar nichts. Dann harren selbstverständlich die Gemeindeguts-Agrargemeinschaften einer klareren Lösung.

**ECHO:** Der Gemeindeverband präsentierte jüngst das Rechtsgutachten Professor Harald Stolzlechners, das die Forderung des Gemeindeverbands untermauert, das Gemeindegut den Gemeinden zurückzugeben. Wie können Sie dies konkret fordern?

**Schöpf:** Das ist im Grunde genommen schwierig. Die Idee dahinter, die uns ja auch dazu bewogen hat, dieses Gutachten in Auftrag zu geben, war es, Antworten auf solche Hinweise, dass noch einmal ins Gesetz eingegriffen werden und den Gemeinden die Verwaltung des Gemeindeguts zurückgeben sollte, zu erhalten und der Forderung zum Durchbruch zu verhelfen. Wenn Höchstgerichte feststellen, dass das Gemeindegut verfassungswidrig übertragen wurde, müsste es möglich sein, das wieder zurückzuführen. Das war unser Ansatz. Im Land haben wir da immer ein relativ zügiges „geht nicht“ gehört.

Fotos: Friedle (2)

Ein „geht nicht“, weil irgendwelche gesetzlichen oder sonstigen Schranken im Wege seien. Darum haben wir uns entschlossen, das von einem Nicht-Tiroler anschauen zu lassen. All jene, die sich in Tirol mit diesem Thema beschäftigt haben, sind emotional schon sehr in dem Thema verhaftet. Darum haben wir uns an einen sozusagen unaufgeregten Außenstehenden gewandt, der keine Pflichtantwort schuldig ist und allenthalben einen Ruf zu verlieren hat, mit der Bitte, sich das anzusehen. Wir gehen davon aus, dass dieses Gutachten von den entsprechenden Leuten registriert wird und man zur Ansicht kommt, dass etwas möglich sein müsste.

**ECHO:** Die Reaktionen waren vor dem Hintergrund nicht sonderlich erfreulich. Bauernbundobmann Anton Steixner meinte in einer ersten Reaktion, dass die Rückgabe nicht möglich sei ...

**Schöpf:** Das wird eben die Überzeugungsarbeit sein, die auf uns wartet. Ob es gelingt, weiß ich nicht. Aber wenn man sich als Politiker an der Rechtsstaatlichkeit und den Gesetzen orientiert, dann ist man vermutlich auf dem richtigen Weg. Ich glaube, Politiker sind als Erstes dazu angehalten, sich an das Recht zu halten. Sie können es nicht jedem recht machen, aber ans Recht halten müssen wir uns. Das wird nicht anders gehen.

**ECHO:** Orten Sie vonseiten der derzeit regierenden ÖVP Zustimmung?

**Schöpf:** Ich höre nur immer, dass die Behörde mit Hochdruck arbeitet. Aber wir spüren in den betroffenen Gemeinden – und das sind nicht wenige – verdammt wenig. Das ist für mich die Divergenz, denn das Gesprochene und das Faktische haben hier kaum eine vorhandene Schnittmenge.

**ECHO:** Wenn Sie die Befindlichkeiten der Gemeinden beziehungsweise der Bürgermeister und Gemeinderäte in Vorstandssitzungen der Tiroler ÖVP einbringen – wird das wahrgenommen oder stoßen Sie da auf Mauern?

**Schöpf:** Offensichtlich bin ich mit meiner Botschaft noch nicht durchgedrungen. Sonst wäre es ja anders. Doch da müsste man die andere Seite fragen, ob sie überhaupt zuhören, wenn der Schöpf etwas sagt, oder ob sie lesen, was ich aussende. Ich weiß auch nicht, wie viele Abgeordnete und Regierungsmitglieder wirklich ein Erkenntnis der Höchstgerichte gelesen haben. Ich habe etliche gelesen und fühle mich immer aufs Neue bestätigt, dass unsere Forderungen keine Fantastereien sind, sondern schlicht und einfach der Hinweis, dass wir uns an Recht und Ordnung zu halten haben.

**ECHO:** Ihr Vizepräsident im Gemeindebund, Axams Bürgermeister Rudolf Nagl, hat Sie im Zusammenhang mit Ihrer unbeugsamen Haltung in der Agrarfrage vor Kurzem recht scharf angegriffen. Wie reagierten Sie darauf?

**Schöpf:** Bis jetzt noch nicht. Ich habe nur kurz mit ihm telefoniert. Mitte Juli wird eine Sitzung stattfinden, wo wir zwei oder drei solcher internen Befindlichkeiten klären müssen. Der Präsident muss wissen, ab wann er aufhören soll, für die Gemeindeinteressen zu arbeiten. Oder eben nicht.

**Ernst Schöpf (52)**, ist Bürgermeister der Gemeinde Sölden (Ötztal) und seit Juni 2009 Präsident des Tiroler Gemeindeverbands, den er in den letzten Jahren zu einer einflussreichen Institution ausgebaut hat. Mit dem Thema Gemeindeguts-Agrargemeinschaften hat er sich insofern profiliert, als dass er sich hartnäckig für die Rechte der Gemeinden einsetzt und fordert, dass den verfassungswidrig enteigneten Gemeinden ihr Grundvermögen von den Agrargemeinschaften zurückgegeben wird. Damit eckt er vor allem bei Bauernbundobmann Anton Steixner an, der den Ötztaler gleichsam zum Feindbild erklärte, womit er die Spaltung in der Partei vorantrieb. Schöpf ist seit Jahren immer wieder im Gespräch, eine Führungsposition in der Tiroler ÖVP oder der Tiroler Landesregierung zu übernehmen.



**ECHO:** 2013 steht die Landtagswahl an. Wie auch immer Sie dort auftreten werden – was werden Ihrer Meinung nach die Themen sein, die die Leute, abseits der Agrargemeinschaftsfrage, bewegen?

**Schöpf:** Das wird ganz sicher die Energiefrage sein und der ländliche Raum, wie etwa die strukturelle Ausdünnung. Das sind Themen, die jenseits des Ballungsraums Innsbruck interessieren werden.

**ECHO:** Sie haben vorhin schon die Wasserkraft angesprochen. Was sind in dem Zusammenhang die Wünsche der Gemeinden?

**Schöpf:** Wenn es nicht gelingt, die Gemeinden zu begeistern, ob für ein eigenes Werk oder eine Gemeinschaftsanlage im Tal oder „nur“ eine Abgeltung durch die TIWAG, wenn die Gemeinden also ihren Bürgern keinen spürbaren Benefit erklären können, dann halte ich die Durchsetzung solcher Kraftwerke für wahnsinnig schwierig. Man muss sicher ein Vehikel finden, dass man nicht nur einzelne Gemeinden beteiligt, sondern alle Gemeinden in der betroffenen Region. Es wirkt sich ja auch auf alle aus. Wenn ich im hinteren Ötztal zwei Bäche ableite, dann ist die Tech-

nik logischerweise in der Gemeinde Sölden anzusiedeln. Aber die Unterliegergemeinden des Ötztals haben in Folge nur reduzierte Möglichkeiten, das Wasser zu nutzen. Ich glaube, das muss man berücksichtigen, wenn man eine Mehrheit der Menschen davon überzeugen will, dass es keine Dummheit ist, das Wasser zu nutzen. Zunächst ist es meist so, dass sich da eine Gruppierung sofort deutlich äußert, und das wird dann als „das Volk“ betrachtet. Die Abstimmung in Osttirol war vor diesem Hintergrund nicht von

Pappe, wie man so schön sagt. Wenn man das Volk fragt, in dem Fall Betroffene, dann sehen die das offensichtlich doch so, dass man da etwas machen sollte. Der Alt-Bürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel, sagte vor 20 Jahren schon: Mit der CDU als Volkspartei hat es begonnen, abwärts zu gehen, als sie jeden Querulanten als das Volk betrachtet hat. Das ist hier schon zu beobachten.

**ECHO:** Stichwort Volkspartei. Ist die ÖVP mit ihrer bündischen Struktur noch aufrechtzuerhalten? Ist das lebendig?

**Schöpf:** Nein. Das entspricht nicht der gesellschaftlichen Realität. Man erinnere sich zurück. In den frühen 1990er Jahren wollte Wendelin Weingartner das etwas auflösen. Es hat dann wieder Rückschritte gegeben. Jeder halbwegs mündige Bürger ist heute so quer durch die Stände verhaftet, dass er gar nicht mehr auf dieses Etikett Wert legt. Wir haben da ja diese neckischen Dinge, dass die Arbeiterkammer mehr Bauern als Mitglieder hat als die Landwirtschaftskammer – weil sie im Nebenerwerb Bauern sind und durch ein Dienstverhältnis bei der AK Mitglieder sind. Das schwimmt alles. →

**ECHO:** Apropos Bünde. Im Arbeiter- und Angestelltenbund gab es jüngst einen Aufschrei, weil AAB-Obmann Andreas Köll und Geschäftsführerin Astrid Stadler eines Abends offenbar schlecht über die Regierung und die ÖVP geredet hätten. Ist diese Diskussion ein Warnhinweis?

**Schöpf:** Ich habe zu dieser Geschichte nur Zeitungswissen und mit niemandem gesprochen. Aber es ist im Moment wohl der Aufruf da, die Reihen zu schließen. Eine kritischere Reflexion ins Innenleben der Partei, die dann noch nach außen dringt, ist offensichtlich nicht wirklich gewünscht. Ich halte es schon für richtig – und das sollte immer so sein –, dass man auch über sich selber nachdenkt. Wenn man eine Funktion übernimmt oder anstrebt, muss man sich fragen: Schaff ich das?

**ECHO:** Die Reaktion wirkt panikartig. Wahrscheinlich regen sich immer wieder auch prominente ÖVPLer über die ÖVP auf ...

**Schöpf:** Das war immer so. Ich treffe auch Genossen, die sich über ihre Leute beschweren. Das muss auch sein, damit das Ganze lebendig bleibt und sich die Akteure weiterentwickeln können. Wenn der Konflikt auf Beleidigungen oder Morddrohungen hinausläuft, bringt das nichts. Ansonsten ist eine kritische Auseinandersetzung wichtig. Die Reaktion finde ich jedenfalls überzogen. Ein wenig mehr Gelassenheit wäre wohl angebracht.

**ECHO:** Können Sie die Ziele, die Sie sich als Gemeindeverbandspräsident setzen, umsetzen?

**Schöpf:** Ich bin mit der Vorstellung angetreten, dass sich der Gemeindeverband dann, wenn es um kommunale Themen geht, einbringt und äußert, und wünschte mir, dass er rechtzeitig eingebunden wird. Das passiert durchaus, oftmals aber nicht im gewünschten Ausmaß. Dann muss man das ansprechen. Doch das würde ich als die dynamische Entwicklung einer brauchbaren Kooperation sehen. Der Gemeindeverband fühlt sich aber auch nicht als der Zuständige für alle Lebenslagen. Beispielsweise die Frage UMIT – da werden wir uns nicht strapazieren. Aber bei Themen, wie dem Rettungswesen, der Kinderbetreuung, der Pflege und allem, was in der Gemeinde unmittelbar wirkt, da glauben wir schon, etwas einbringen zu können.

**ECHO:** Für die „Pflege“ wurde ein neuer Plan ausgearbeitet. Wie läuft hier die Umsetzung?

**Schöpf:** Sie sollte jetzt beginnen. Ich glaube, die Regierung will noch vor dem Sommer den Plan beschließen, der wirklich sehr gut mit uns erarbeitet wurde. So stellen wir uns das vor. Die gemeinsame Herausforderung war unumstritten und es war eben so, dass wir in den letzten 20 Jahren mit einem teils großzügigen Bau von Betten reagiert haben.



„Im Moment ist wohl der Aufruf da, die Reihen zu schließen.“

Das ist eine teure Geschichte und in dem Maße vielleicht auch gar nicht notwendig. Darum wird die ambulante, mobile Betreuung forciert. Man geht davon aus, dass bis 2022 rund 300.000 mehr mobile Stunden dazukommen müssen. Dafür braucht man die Arbeitskräfte und darum will man sich in der Ausbildung nicht mehr nur auf AZW und Klinik verlassen, sondern eigene Ausbildungsmodule anbieten. Dass man neue Betten bauen muss, ist auch unbestritten. Ich glaube, das Ganze ist durchaus stimmig und auch finanzierbar. Der Investitionsbedarf im stationären Bereich liegt bei 225 Millionen

Euro in einer Zehn-Jahres-Leiste. Das werden wir gemeinsam schaffen.

**ECHO:** Sie sprechen von 225 Millionen Euro über zehn Jahre. Das ist viel Geld. Mehr Geld – 230 Millionen Euro – musste die TIWAG zuschießen, um die Hypo Bank zu retten, während gleichzeitig über sechs Millionen gestritten wird, welche für das Rettungswesen benötigt werden ...

**Schöpf:** Ich glaube, angesichts dessen geht es allen so, dass die Unmittelbarkeit nicht gegeben ist. Da ist es ein Verlust in einem Institut, das man allenthalben von einem Schalterbesuch kennt, während man beim Anruf einer Rettung, die dann nicht kommt, weil sie strukturell sparen musste, schnell Betroffener wird. Da begreift man dann Zahlen und die Wirkung viel besser. Es scheint wohl eine menschliche Schwäche zu sein, dass die leidenschaftlichen und zeitintensiven Diskussionen immer bei den kleinen Ziffern stattfinden. Das sind aber gigantische Summen, um die es da geht. Dass zwei prominente Mitglieder des TIWAG-Aufsichtsrats nicht abstimmten, als es um die 230-Millionen-Spritze ging, zeigt ein Unwohlsein der Akteure.

**ECHO:** Es schwirrt das Gerücht herum, dass Landwirtschaftskammer-Präsident Josef Hechenberger Anton Steixner als starken Mann im Bauernbund ablösen soll ...

**Schöpf:** Das höre ich auch. Ich kenne Hechenberger zu wenig, denke aber, dass der die Sachen schon durchschaut.

**ECHO:** Wäre dieser Wechsel ein positives Signal für die restliche bürgerliche Welt des Landes?

**Schöpf:** Ein Signal wäre es allemal, wenn ein junger, schon von seinem Habitus anders auftretender Mann dort an die Spitze käme.

**ECHO:** Könnten Sie mit ihm zusammenarbeiten – anders als etwa mit Steixner?

**Schöpf:** Steixner hat ausgerichtet: Mit Schöpf nie. Ich habe an sich mit niemandem Probleme zusammenzuarbeiten. Ich gehe immer davon aus, dass man sich auf professioneller Ebene zu begegnen hat und da haben persönliche Befindlichkeiten keine Rolle zu spielen. Und man darf auch die Themen nicht verflechten. Das muss sauber getrennt werden. In diesem Geschäft kann man sich die Partner sowieso nicht aussuchen, sondern muss die Realitäten zur Kenntnis nehmen.

Interview: Alexandra Keller